

Pseudo-Regelungen - Legitimationsversuch

In dem angestregten Klageverfahren, konnte es nicht gelingen, eine rechtliche Bewertung über diese Regelungen zu erhalten, bezüglich der Verletzung der Rechtsgrundsätze. **Hierzu gab es verschiedene Gründe:**

Zum einen wurde das Verfahren zu Unrecht ausgesetzt, schließlich galt es hierbei die *Regelung inhaltlich auf Rechtmäßigkeit zu überprüfen und nicht auf formale Aspekte*. Zumal durch die Vorgaben des SGB V dieser Sachverhalt eindeutig geklärt war. Ein Urteil des BSG wäre nicht erforderlich gewesen:

Wenn der Gesetzgeber bewusst den Geltungsbereich einiger Regelungen trotz der Vielzahl an Gruppen, dennoch nur auf eine ganz bestimmte Gruppe festlegt und somit einschränkt, hat er eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass diese auf keinen Fall für andere Gruppen gelten und angewendet werden dürfen. Zumal die Gründe hierfür, unter Berücksichtigung des sozialen Standards, offensichtlich und plausibel sind. Somit steht fest, dass diese rechtlichen Vorgabe für den Spitzenverband bindend sind. Mit welcher Intention auch immer, die Anwendung des Regelwerks ausgeweitet werden sollte, dies verstößt gegen Bundesrecht. Dies ist doch unstrittig.

Auch der Umstand, dass grundsätzlich solche Art von Regelungen im Bundesrecht verankert sind, belegt eindeutig, dass es ausschließlich dem Gesetzgeber vorbehalten ist, solche Regelungen zu erlassen bzw. zu verändern.

Mit dem normalen Fortgang der Klage im Sommer 2012 hätte die Beklagte Stellung nehmen müssen. Allein darauf abzustellen, dass diese Regelung existiert, hätte hierbei nicht ausgereicht. Die Argumente des Klägers hätten widerlegt werden müssen. Auch ein Durchmischen, der beiden unterschiedlichen Verfahren wäre nicht möglich gewesen. **Die Anerkenntniserklärung der Beklagten bezog sich schließlich nicht auf den Klageantrag des Klägers.** Zusätzlich wurde auch noch die Feststellungsklage in eine Leistungsklage umgewandelt. Die eigentliche Klärung der Rechtsfrage ging nach alledem unter. Hierzu darf noch angemerkt werden:

Die Entscheidung des BSG vom Dezember 2013 hätte jedoch auch dazu führen können, dass der im November 2011 per Klage angegriffene Widerspruchsbescheid und somit auch der Beitragsbescheid hätte aufgehoben bzw. abgeändert werden können. Damit wäre ohne entsprechende Grundlage die Klage auch hinfällig geworden. Dieser Weg wurde jedoch nicht gewählt.

Auch diese Gegebenheiten hätte dazu geführt, dass eine Klärung der Rechtsfrage bezüglich der Verletzungen der Rechtsgrundsätze nicht gelungen wäre.

Es steht jedoch fest, dass auch noch im Nachhinein die Möglichkeit bestehen würde, diese Rechtsfrage wieder aufzuwerfen und eine entsprechende rechtliche Bewertung zu erhalten, wenn die Notwendigkeit hierfür bestehen würde. Denn aufgrund der jährlichen Beitragsbestimmungen könnten erneut die Voraussetzungen für ein Klageverfahren geschaffen werden, um dies abzuklären.

Das eine solche Situation eintreten könnte, wäre nicht verwunderlich, wenn man folgendes berücksichtigt:

Nach dem Urteil des BSG gab es nämlich für den Kassenmitarbeiter und für den Spitzenverband ein Problem. Mit dem weiteren Bestand der alten Regelungen hätte man jedoch indirekt eingeräumt, dass der Vortrag des Klägers bezüglich der Verletzung der Rechtsgrundsätze berechtigt gewesen sei. **Es würde sich deshalb die Frage auftun, weshalb diese Darlegungen keine Beachtung zuvor gefunden hatten.**

Das Problem wurde jedoch gelöst:

Es gelang diese absurde Regelung über den Gesetzgeber im SGB V zu verankern. Deshalb ist die Regelung auch nicht besser geworden, zumal das angebliche Motiv, **Beitragsgerechtigkeit** zu erreichen, **durch die bereits bestehenden Regelungen erfüllt werden konnte, und zwar unter Berücksichtigung der sozialen Standards.**

Das sich die Ereignisse so entwickeln konnten, wirft einige wichtige Fragen auf. **Wie konnte eigentlich ein solcher Gesetzesentwurf entstehen und dann noch vom Parlament verabschiedet werden?**

Denn der Gesetzgeber hatte zuvor aus guten Gründen die Anwendung dieser speziellen Regelungen auf die hauptberuflich Gewerbetreibende beschränkt. Diese Gründe hierfür bestehen immer noch, weshalb eine solche Differenzierung zu jeder Zeit erforderlich ist. Doch hieraus einen Schmelztiegel zu machen, wegen der angeblichen Beitragsgerechtigkeit ist absurd und grotesk. **Erwerbslose und Unternehmer auf sozialer Ebene rechtlich gleich behandeln zu wollen, ist eindeutig unzulässig.**

Grundsätzlich darf hierbei festgestellt werden, dass nach Ansinnen des Spitzenverbands nur dann Beitragsgerechtigkeit vorliegen würde, wenn alle freiwillig versicherten Mitglieder, die es versäumten, Angaben über ihre finanzielle Situation zu machen, den höchsten Beitragssatz zahlen müssen. Das Einkommen wird hierbei für alle fiktiv auf die Beitragsbemessungsgrenze festgelegt, ohne den entsprechenden Sozialstatus des Mitglieds zu berücksichtigen bzw.

ohne anderweitige Differenzierung vorzunehmen. So einfach ist die Sache jedoch auch nicht.

Das ein armes und ein reiches Mitglied rechtlich gleichbehandelt werden soll, wirkt in diesem Fall nicht unbedingt gerecht, zumal der Gleichheitsgrundsatz beinhaltet, dass Ungleiches ungleich behandelt werden muss, wie in dem Fall

Wenn die beide sehr unterschiedliche Mitglieder, die das gleiche Fehlverhalten aufzeigen und deshalb beide den höchsten Beitragssatz in Rechnung gestellt bekommen, liegt hierbei **keine Beitragsgerechtigkeit** vor. Im Gegenteil, das sozialschwache bzw. erwerbslose Mitglied **wird wesentlich stärker belastet und benachteiligt** wie der gewerbetreibende Unternehmer.

Auch wenn ein Verschulden der Mitglieder vorliegt, kann dies nicht legitimieren einer **willkürlichen Bestrafung** auszusetzen. Je nach seinem finanziellen Potential hat sein Fehlverhalten, größere oder geringere finanzielle Folgen. Das Fehlverhalten des Unternehmers mit seinem relativ hohen Einkommen würde hierdurch **weniger finanziell belastet**, als den Erwerbslosen. *„So sieht wohl keine soziale gerechte Regelung aus“.*

Die Tatsache, dass bei der Verhängung von Geldstrafen, Tagessätze herangezogen werden, gründet sich darauf, dass Menschen mit einem geringen Einkommen, eine geringere Geldstrafe zu entrichten haben. **Dem Spitzenverband ist es gelungen, diese Gegebenheit umzukehren. Das Mitglied, welches über ein geringeres finanzielles Potential verfügt, soll wohl auch einen größeren Schaden davon tragen.**

Abgesehen wäre eine solche Regelung, die es den Krankenkassen erlaubt, das Einkommen eines Mitglieds ohne entsprechende Differenzierung fiktiv auf die Beitragsbemessungsgrenze festzulegen, **unverhältnismäßig. Die beabsichtigte Zielsetzung, kann auch mit weniger drastischen Mitteln erreicht werden.**

Hinzu kommt noch, dass die Annahme der Kassen, dass alle „säumigen Mitglieder“ über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügen, sich fern jeglicher Realität bewegen. **Fantasiegebilde haben aber in der Rechtsprechung nichts zu suchen.**

Grundsätzlich: Der Umstand, dass ein Mitglied ein Fehlverhalten aufzeigt, kann auf keinen Fall eine solche Regelung und einen darauf aufbauenden Verwaltungsakt legitimieren.

Auch wenn solche spezielle Regelungen in das SGB V aufgenommen wurde, ändert dies nichts an den Verletzungen der Rechtsgrundsätze.

Ein weitere wichtige Frage, die sich hierbei stellt, betrifft die Akzeptanz eines solchen Regelwerks durch die Sozialgerichte, zumal eine größere Zahl an Richtern sich mit diesen rechtlichen Gegebenheiten auseinandersetzen mussten. Eigentlich hätte man erwarten, müssen, dass die Gerichte umgehend eine solche **Regelung als ungültig erklären würden**.

Dies war jedoch unverständlicherweise nicht der Fall. **In den vielen Verfahren konnten die Gerichte trotz der entsprechenden Hinweise, dennoch keine Verstöße gegen Rechtsgrundsätze erkennen**.

Vielmehr wurde sinngemäß auf die Beitragsgerechtigkeit abgestellt. Der Gesetzgeber hätte nun dem Rechnung getragen, um zu erreichen, dass kein Mitglied sich seiner Verpflichtung mehr entziehen könnte und hätte somit zur Beitragsgerechtigkeit beigetragen.

Wobei die Umsetzung der **Gerechtigkeitsbestrebungen des Gesetzgebers** darin besteht, dass Einkommen des „säumigen Mitglieds“ fiktiv auf einen monatlichen Betrag von über **4.800 €** festzulegen (Beitragsbemessungsgrenze Stand 2021). Hierdurch wird es den Kassen ermöglicht, monatlich, Beitragsforderungen in Höhe von **ca. 900 €** zu erheben.

Das hierbei der soziale Status bzw. das bekannte finanzielle Potential eines Mitglieds unberücksichtigt bleibt und außerdem es sich um einen extrem überzogenen Verwaltungsakt handelt, konnte scheinbar nicht gesehen werden. **Dies ist wohl eine Frage des angelegten Maßstabs ?**

Auch wenn ein Fehlverhalten des Mitglieds vorliegt, kann dies nicht dazu legitimieren, eine Konstellation zu schaffen, die nicht nur völlig unrealistisch, sondern absolut überzogen ist. **Beitragsgerechtigkeit sollte auch mit weniger drastischen Maßnahmen erreicht werden, wie dies auch aus der Vergangenheit bekannt ist.**

Es würde schließlich einer Bankrotterklärung gleichkommen, hätte der Gesetzgeber über all diese vielen Jahre zuvor, keine Sorge dafür getragen, dass Beitragsgerechtigkeit bestehen würde.

Das eine solch merkwürdige Bewertung der Gerichte auch durch anderweitigen Institutionen bestätigt wurde, ist mehr als befremdlich. **Doch erweckt ein solcher Gleichklang den Eindruck, einer korrekten rechtlichen Bewertung.** **Dies ist dennoch nicht der Fall.**

Es steht eindeutig fest, dass diese Regelung und der darauf aufbauende Verwaltungsakt keine Gültigkeit haben kann. Es werden hierdurch drei Rechtsgrundsätze verletzt.